

1 **Unsere Agenda für Sicherheit und Ordnung – mit klarer Kante** 2 **gegen Kriminelle und mehr Unterstützung für Sicherheitskräfte**

3
4 Sicherheit ist die Basis unseres gesellschaftlichen Zusammenhalts und unseres Wohlstands.
5 Die Sicherheit in unseren Städten und Gemeinden – der sichere Weg zur Arbeit, zu Freunden,
6 zur Schule – ist die grundlegende Voraussetzung für eine hohe Lebensqualität in allen
7 Regionen. Unsere Wirtschaft und Unternehmen können nur funktionieren, wenn Gesetze
8 durchgesetzt und Betrug bestraft wird. Und unsere Freiheitsrechte können wir nur ausüben,
9 wenn wir sie immer wieder gegen diejenigen behaupten, die unsere Demokratie angreifen –
10 gegen Terroristen, gegen Extremisten und gegen Kriminelle.

11
12 Deshalb stehen wir mit ganzer Kraft an der Seite derjenigen, die unseren Rechtsstaat, unsere
13 Demokratie, unsere Freiheit jeden Tag verteidigen: unsere Staatsanwälte, Richter, Polizisten,
14 Verfassungsschützer und alle weiteren Sicherheitskräfte unseres Landes. Ihnen wollen wir alle
15 Instrumente an die Hand geben, die sie brauchen, um unsere Bürger zu schützen und unser
16 Land zu sichern. Ihnen geben wir ein klares Versprechen: Wir stehen an Eurer Seite – mit aller
17 Entschlossenheit, Unterstützung und einer umfassenden Agenda für Sicherheit und Ordnung.

18
19 • **Wir wollen entschlossen gegen Verschwörungstheorien vorgehen.** Fake News und
20 Verschwörungserzählungen zielen immer öfter darauf ab, Verfassungsorgane verächtlich
21 zu machen und unsere Demokratie auszuhebeln. Der Bundesverfassungsschutz muss
22 deshalb ein sehr wachsames Auge auf radikale Querdenker, QAnon und andere
23 Verschwörungsextremisten haben. Der Verfassungsschutzbericht sollte ein eigenes
24 Kapitel für gezielte Falschmeldungen und Verschwörungserzählungen vorsehen, sodass
25 wir ein klares Lagebild bekommen und mit aller Härte gegen die vorgehen können, die
26 unter dem Deckmantel der Ausübung ihrer Freiheitsrechte in Wahrheit unsere Demokratie
27 angreifen wollen. Darüber hinaus wollen wir Extremismus-Forschung stärker fördern, um
28 insbesondere Radikalisierungsprozesse im Netz besser zu erkennen, und wollen die
29 Präventionsprogramme gegen Extremismus systematisch evaluieren und
30 standardisieren.

31
32 • **Wir wollen kriminelle Clans enteignen.** Kriminelle Clans und Mafia-Familien sind die
33 Importeure von Gewalt und Verbrechen in unsere Gesellschaft. Sie verhöhnen unseren
34 Rechtsstaat und bereichern sich illegal an unserem Wohlstand. Dieser Organisierten
35 Kriminalität müssen wir entschlossen einen Riegel vorschieben und wollen die Clan-
36 Verbrecher dort treffen, wo es am wirksamsten ist: Wir wollen ihnen ihr kriminell erlangtes
37 Geld, ihre Luxuskarossen und ihre Luxusimmobilien nehmen und dafür eine
38 Beweislastumkehr bei der Einziehung von Vermögen einführen. Verdächtiges Vermögen
39 muss künftig auch dann eingezogen werden können, wenn der Betroffene nicht beweisen
40 kann, dass das Vermögen aus legalen Quellen stammt. Bestrebungen der
41 Bundesjustizministerin, die selbständige Einziehung von Vermögen gesetzgeberisch
42 einzuschränken und nur dann zu ermöglichen, wenn die Vortat ein Verbrechen oder eine
43 Bandentat ist, lehnen wir entschieden ab. Wir müssen das Eigentum der Bürger schützen
44 – nicht das der Verbrecher.

- 45 • **Wir wollen Frauen und Kinder aus Clan-Strukturen befreien.** Niemand kann etwas für
46 die Familie oder die Umstände, in die er hineingeboren wird, aber jeder kann etwas daran
47 ändern. Wir wollen den Clan-Mitgliedern helfen, die sich aus ihrem kriminellen Umfeld
48 befreien wollen. Dafür wollen wir ein bundesweites Aussteiger- und
49 Zeugenschutzprogramm auflegen, das Männern, aber insbesondere auch Frauen und
50 Kindern den Ausstieg aus den kriminellen Familienclans ermöglicht und ihnen die Chance
51 auf ein geregeltes Leben in Sicherheit und mit einem legalen Einkommen eröffnet.
52
- 53 • **Wir wollen Geldwäsche bekämpfen.** Geldwäscher geben kriminellem Geld eine legale
54 Fassade. Damit sind sie ein zentraler Baustein der organisierten Kriminalität, dem wir
55 entschlossen den Kampf ansagen. Wir haben die strafrechtlichen Regelungen zur
56 Geldwäsche bereits massiv verschärft – und dafür gesorgt, dass jetzt verschärfte
57 Sorgfalts- und Meldepflichten im Umgang mit Vermögen unklarer Herkunft bestehen.
58 Künftig wird zudem jede Form von Geldwäsche strafbar sein, egal aus welcher Straftat
59 das gewaschene Vermögen stammt. Jetzt müssen wir den Vollzug verbessern und die
60 Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen stärken. Dazu wollen wir Bußgelder
61 für unterlassene Verdachtsanzeigen deutlich erhöhen, den nationalen und internationalen
62 Datenaustausch verbessern, künstliche Intelligenz für die Auswertung der
63 Verdachtsanzeigen einsetzen und Personal für die Geldfluss-Überwachung aufstocken.
64
- 65 • **Wir wollen Fußfesseln und Sicherungsverwahrung für Gefährder.** Der Umgang mit
66 Gefährdern ist die Bewährungsprobe für unseren Rechtsstaat. Hier entscheidet sich, ob
67 es uns gelingt, terroristische Anschläge zu verhindern oder nicht. Deshalb wollen wir
68 maximale Härte gegen Gefährder. Wir erwarten von den Ländern, dass sie Gefährder
69 intensiver überwachen und das Tragen einer Fußfessel verbindlich anordnen. Darüber
70 hinaus wollen wir die Möglichkeit schaffen, radikalisierte Gefährder in
71 Sicherungsverwahrung zu nehmen, sobald sie strafrechtlich in Erscheinung treten und
72 damit ihre Gewaltbereitschaft unter Beweis stellen. Dafür wollen wir die
73 Sicherungsverwahrung bereits für Ersttäter ermöglichen. Wer sich beispielsweise im
74 Ausland als Terrorist ausbilden lässt, ist eine dauerhafte Gefahr für die Bevölkerung und
75 gehört auch dauerhaft hinter Gitter. Auch das Werben um Unterstützer und das
76 Rekrutieren von Mitgliedern terroristischer Vereinigungen wollen wir höher bestrafen.
77 Dafür wollen wir qualifizierte Unterstützungshandlungen ebenso bestrafen wie die
78 Unterstützung einer terroristischen Vereinigung. Damit fallen sie auch in den
79 Staatsschutz-Deliktskatalog der Sicherungsverwahrung (§ 66 Abs. 3 StGB). Wir setzen
80 damit nicht erst bei Gefährdern an, sondern bereits bei sicherheitsrelevanten Personen.
81 Gleichzeitig wollen wir auch die Strafbarkeit der Sympathiewerbung wiedereinführen. Wir
82 wollen außerdem einen besseren Informationsaustausch zwischen den
83 Sicherheitsbehörden des Bundes und den Länder im Gemeinsamen
84 Terrorismusabwehrzentrum (GTAZ). Bei mobilen Gefährdern muss ein Land verbindlich
85 das Gefährdermanagement übernehmen. Die Möglichkeit von strafrechtlichen
86 Sammelverfahren muss bei Gefährdern stärker angewendet werden. Auch in Europa
87 müssen wir gemeinsam konsequent gegen Gefährder vorgehen, ein europaweites
88 Überwachungssystem für Gefährder etablieren, das Europäische Zentrum zur
89 Terrorismusbekämpfung (ECTC) ausbauen und eine umfassende europäische Anti-
90 Terror-Datei einrichten.

- 91 • **Wir wollen ausländische Gefährder konsequent abschieben.** Gefährder aus anderen
92 Staaten müssen konsequent in ihre Herkunftsländer abgeschoben werden. Bei irakischen
93 Straftätern gelingt das zunehmend – und auch für Abschiebungen nach Syrien hat die
94 Innenministerkonferenz Anfang Dezember die ersten Voraussetzungen geschaffen. Wir
95 erwarten vom Bundesaußenminister jetzt, seine Blockadehaltung aufzugeben und sichere
96 Regionen in Syrien auszuweisen, in die abgeschoben werden kann. Abschiebungen von
97 schweren Mehrfach-Straftätern und Gefährdern müssen möglich sein. Auch die
98 Außenpolitik muss einen Beitrag dazu leisten, dass wir ausländische Straftäter außer
99 Landes bringen können. Deshalb wollen wir auch ein konsequentes Anreizsystem für die
100 Rücknahme von abgelehnten Asylbewerbern.
- 101
- 102 • **Wir wollen ein lebenslanges Waffenverbot für Extremisten.** Für uns ist klar: Wer
103 verantwortungsvoll mit Waffen umgeht und sie für legale Einsätze braucht, der darf sie
104 auch erwerben. Schützen und Jäger sind ein engagierter Teil unserer Gesellschaft, den
105 wir unterstützen wollen. Ein generelles Waffenverbot lehnen wir ab. Klar ist aber auch:
106 Extremisten dürfen keine Möglichkeit haben, an Waffen zu kommen. Deshalb wollen wir
107 die Möglichkeit schaffen, dass Richter direkt bei der Verurteilung eines extremistischen
108 Straftäters ein generelles, lebenslanges Waffenverbot aussprechen können. Gleichzeitig
109 wollen wir die Mindeststrafe für illegalen Waffenhandel- und -besitz deutlich erhöhen und
110 künftig mit einer Freiheitsstrafe von nicht unter zwei Jahren ahnden.
- 111
- 112 • **Wir wollen Extremisten den Geldhahn zudrehen.** Fundamentalismus und Extremismus
113 – egal ob weltanschaulicher, religiöser oder politischer Art – haben in einer freiheitlichen
114 Gesellschaft keinen Platz. Wer unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung ablehnt
115 und unseren Rechtsstaat verachtet, kann kein Partner für demokratisch gewählte
116 Regierungen sein. Deshalb darf es keine öffentlichen Fördergelder für Organisationen und
117 Vereine geben, die maßgeblich von antidemokratischen Regimen finanziert und gesteuert
118 oder sogar vom Verfassungsschutz beobachtet werden.
- 119
- 120 • **Wir wollen Extremismus und Terrorismus im Netz effektiv bekämpfen.** Die
121 Bekämpfung von Terrorismus ist auch eine digitale Aufgabe: Die Rekrutierung und
122 Informationsbeschaffung für Anschläge, die Koordinierung innerhalb von
123 Terrororganisationen – all das findet digital im Netz statt. Den Terrorismus des
124 21. Jahrhunderts bekämpft man nicht mit den Mitteln des 20. Jahrhunderts. Deshalb muss
125 das Bundesamt für Verfassungsschutz die Befugnis bekommen, mittels Quellen-TKÜ die
126 Kommunikation in verschlüsselten Messenger-Diensten aufzuklären und Beweismittel
127 rechtzeitig per Onlinedurchsuchungen zu sichern. Wir wollen außerdem, dass bekannte
128 Extremisten nicht vorschnell vom Radar verschwinden und deshalb die Speicherfristen im
129 Datenverbund der Nachrichtendienste (NADIS) von 10 auf 15 Jahre verlängern.
130 Außerdem müssen neue Erkenntnisse, die auf eine fehlende Distanzierung hinweisen,
131 den Fristablauf der Löschfrist automatisch hemmen.
- 132
- 133 • **Wir wollen eine große Strafrechtsreform umsetzen.** Wir haben in den vergangenen
134 Jahren unser Strafrecht stetig nachgeschärft. Daran wollen wir anknüpfen und es noch
135 konsequenter auf den Opfer- statt den Täterschutz ausrichten, auf noch mehr Sicherheit
136 für unsere Bevölkerung und noch mehr Härte gegenüber Wiederholungs-, Intensiv- und
137 schweren Straftätern. Deshalb wollen wir die Verhängung von Kettenbewährungsstrafen

138 gesetzgeberisch klar ausschließen. Gegen Straftäter, die unter laufender Bewährung
139 erneut straffällig werden, muss die Freiheitsstrafe vollzogen werden. Bei schweren
140 Gewaltverbrechen und Intensivtätern darf es keine starre Altersgrenze geben. Hier
141 müssen auch Täter unter 14 Jahren in einem Verantwortungsverfahren zur Rechenschaft
142 gezogen werden, um das Unrecht der Tat aufzuarbeiten und Erziehungsdefiziten
143 geeignete Maßnahmen entgegenzusetzen. Sexualisierte Gewalt von Erwachsenen
144 gegenüber Kindern muss stets als Verbrechen eingestuft und mit einer Mindeststrafe von
145 1 Jahr geahndet werden. Hier darf es keinen minder schweren Fall mehr geben.
146 Außerdem wollen wir dafür sorgen, dass Verurteilungen wegen sexualisierte Gewalt
147 gegen Kinder lebenslang im Führungszeugnis vermerkt werden, damit Arbeitgeber und
148 Vereine, die sich der Betreuung und Erziehung von Kindern widmen, auch Jahrzehnte
149 nach der Tat darüber informiert werden. Für die Erstellung sogenannter Feindeslisten und
150 das Bloßstellen einzelner Personen im Netz (Outing) wollen wir einen neuen
151 Straftatbestand schaffen.

152

153 • **Wir wollen einen automatischen europäischen Haftbefehl.** Wer in Deutschland
154 gesucht wird, soll sich auch in Europa nicht mehr sicher fühlen. Wir wollen deshalb, dass
155 bei Vorliegen aller Voraussetzungen automatisch ein Europäischer Haftbefehl
156 ausgeschrieben wird, wenn ein nationaler Haftbefehl ausgestellt wird. Die dafür
157 erforderlichen gesetzlichen Anpassungen in den Richtlinien wollen wir zügig umsetzen.

158

159 • **Wir wollen eine Bundes-Cyberpolizei aufbauen.** Im Zeitalter der Digitalisierung geht es
160 nicht nur um sichere Straßen, sondern auch um sichere Netzwerke. Wir hatten in der
161 Vergangenheit und werden auch in Zukunft immer wieder Hacker-Angriffe auf unsere
162 kritischen Infrastrukturen und wichtige Institutionen erleben. Darauf müssen wir
163 vorbereitet sein und müssen Cyberangriffe schnell, wirksam und aktiv abwehren können.
164 Deshalb wollen wir zeitnah eine Bundes-Cyberpolizei aufbauen, die auf
165 länderübergreifende Cyber-Angriffe unmittelbar reagiert – schlagkräftig und mit einer
166 aktiven Cyberabwehr.

167

168 • **Wir wollen Angriffe auf Polizisten härter bestrafen.** Polizisten im Einsatz stehen nicht
169 für sich selbst, sondern repräsentieren unseren Staat und unsere Sicherheit. Ein Angriff
170 auf einen Polizisten ist ein Angriff auf uns alle – und deshalb müssen wir diesen Angriff
171 auch mit aller Härte abwehren. Dafür wollen wir die Mindeststrafmaße bei Widerstand
172 gegen und tätlichen Angriffen auf Polizisten deutlich heraufsetzen: Der Widerstand (§ 113
173 Abs. 1 StGB) muss mit mindestens drei Monaten, der tätliche Angriff (§ 114 Abs. 1 StGB)
174 mit sechs Monaten und der besonders schwere Fall (§§ 113 Abs. 2, 114 Abs. 2 StGB)
175 jeweils mit mindestens einem Jahr Freiheitsstrafe geahndet werden. Wer Polizisten
176 gemeinschaftlich oder mit einer Waffe angreift, kann dann nur unter strengen
177 Voraussetzungen mit einer Bewährungsstrafe davonkommen – und das ist auch richtig
178 so. Darüber hinaus wollen wir, dass auch Rache- und Vergeltungsakte gegen Polizisten
179 besonders bestraft werden und tätliche Angriffe nicht nur bei, sondern auch wegen der
180 Diensthandlung eines Polizisten unter Strafe stellen. Dafür wollen wir einen neuen Rache-
181 Paragrafen im Strafgesetzbuch, der alle Tathandlungen unter Strafe stellt, die sich auf
182 eine Diensthandlung beziehen.

- 183 • **Wir wollen Sicherheitskräften bei Schmerzensgeldansprüchen helfen.** Die physische
184 und verbale Gewalt gegen Polizisten nimmt Jahr für Jahr zu. Für uns ist klar: Steinwürfe,
185 und Molotow-Cocktails müssen sich Polizisten ebenso wenig gefallen lassen wie
186 Bedrohungen und Beleidigungen. Wir wollen unseren Sicherheitskräften den Rücken
187 stärken und dafür die Schmerzensgeldansprüche von Polizisten und Soldaten neu regeln.
188 Künftig muss gelten: Auch wenn Polizisten oder Soldaten im Dienst beleidigt werden, soll
189 das dafür gerichtlich zugesprochene Schmerzensgeld vom Staat vorgestreckt werden –
190 bisher gilt das im Wesentlichen nur in Fällen von Körperverletzung. Der Staat holt sich
191 das Geld anschließend beim Täter zurück. So entlasten wir unsere Sicherheitskräfte von
192 aufwändigen Verfahren und fördern die Anzeigebereitschaft der Opfer.
193
- 194 • **Wir wollen sichere Asylverfahren.** Wir sind am Anfang dieser Legislaturperiode
195 angetreten für mehr Humanität und Ordnung bei der Zuwanderung. Mit dem
196 Migrationspaket und insbesondere dem Geordnete-Rückkehr-Gesetz haben wir
197 Asylverfahren und Rückführungen gerechter, strukturierter und effizienter gemacht.
198 Darauf wollen wir aufbauen und weitere Maßnahmen umsetzen. Falschangaben im
199 Asylverfahren müssen künftig auch strafbar sein, wenn sie gegenüber dem BAMF getätigt
200 werden. Außerdem müssen Datenträger und insbesondere Mobiltelefone auch zur
201 Klärung von Sicherheitsbedenken ausgelesen werden dürfen. Bei der Migration gilt
202 absoluter Vorrang für Sicherheit. Wir müssen wissen, wer aus welchem Land und aus
203 welchem Grund zu uns kommt.
204
- 205 • **Wir wollen die sicheren Herkunftsstaaten ausweiten.** Unser Asylsystem steht auf drei
206 Säulen: Transparenz, Konsequenz und Hilfsbereitschaft. Wir wollen denen helfen, die
207 Hilfe brauchen. Das kann aber nur gelingen, wenn wir die Asylverfahren derer, die kein
208 Bleiberecht haben, ablehnen und dies auch konsequent durchsetzen – nach
209 nachvollziehbaren Kriterien und in einer überschaubaren Zeitspanne. Ein Schlüssel, damit
210 das gelingt, sind die sicheren Herkunftsstaaten. Diese Einstufung sorgt dafür, dass
211 unbegründete Asylverfahren zügig abgewickelt werden können. Deshalb wollen wir die
212 Länder, deren Anerkennungsquote unter 5 Prozent liegt konsequent zu sicheren
213 Herkunftsländern erklären. Dazu gehören auch Algerien, Marokko, Tunesien und
214 Georgien. Die Blockadehaltung im Bundesrat muss beendet werden.
215
- 216 • **Wir wollen den Zivil- und Katastrophenschutz weiter verbessern.** Die Corona-
217 Pandemie zeigt unter dem Brennglas die Stärken und Herausforderungen des
218 Föderalismus. Wir kommen in Deutschland dank der föderalen Strukturen besser mit der
219 Pandemie zurecht als zentralistisch organisierte Staaten, weil zielgenauer auf regionale
220 Entwicklungen reagiert werden kann. Gleichzeitig verzögern Abstimmungsprozesse
221 anstehende Entscheidungen. Wir wollen, dass Bund und Länder gemeinsam klären, in
222 welchen Lagen mehr Koordinierungskompetenz beim Bund oder mehr
223 Eigenverantwortung für die Länder erforderlich ist. Wir wollen, dass eine hochkarätige
224 Expertengruppe von Bund und Ländern dazu Vorschläge erarbeitet. Die aktuelle
225 Beschränkung der Bundeskompetenz auf den Zivilschutz im Kriegsfall ist nicht mehr
226 zeitgemäß.